

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Zeitung-Nr. 88 - 89

Der Abonnementshinweis beträgt monatlich 80 Mark, durch die Post bezogen monatlich 40 Mark
Fest- und Geschäftsbürgen jeder Art werden nicht aufgenommen



Verantwortlich für das Inhalt: Karl Schub, Bochum. Druck: H. Hartmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Wiesenhauer Straße 38/42

Telegramm-Adresse:
Bergarbeiter Bochum

Nie wieder Krieg!

In Konsequenz der Verhandlungen des Internationalen Gewerkschaftscongres in Rom hatte der Internationale Gewerkschaftsbund am Kongreß einberufen, der von ca. 800 Delegierten aus 27 Ländern besucht wurde. Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte außer den Gewerkschaften die sozialistischen Parteien und die kriegsgegnerischen Organisationen eingeladen, die gewillt sind, auf dem Boden der in Rom geschlossenen Beschlüsse (Internationaler Generalstreik bei Kriegsgefahr) den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus zu führen. So erschienen auf dem Kongreß zahlreiche pazifistische Organisationen, denen ein Zusammenschluss mit Sozialisten nicht von vornherein ein Greuel war. Die deutschen Gewerkschaften waren mit 28 Delegierten vertreten, die sozialdemokratische Partei durch 7 (von denen aber 5 zugleich Gewerkschaften vertraten), die Arbeiterjugend, die sozialdemokratischen Lehrer, bürgerliche Freiburgorganisationen stellten weitere 20 bis 21 Delegierte. England war für die Trade-Unions mit 15, die Labour Party mit 7, für andere Organisationen mit ca. 90 Delegierten vertreten. Die Römerlande waren mit ca. 130 Gewerkschaftsvertretern, 39 für die sozialdemokratische Partei und ca. 40 für andere Organisationen vertreten. Frankreich hatte über 70, Belgien ebensoviel entsandt. Amerika war mit 7, Mexiko mit einem Delegierten vertreten. Statt vertreten waren auch Tschechen, Italien, durch kleinere Delegationen Österreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Luxemburg, Finnland, Polen, Bulgarien, Ungarn. Russland hatte 12 Vertreter entsandt, die Ausländervertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Römerschule) 2 ein Delegierter vertrat Armenien. Unter den Russen befanden sich Rabel, Losavitsch, Rossstein, Kollontai, für Georgien waren von der sozialdemokratischen Partei Roe Jordania und Lerektell erschienen.

Um es vorweg zu sagen: Wir betrachten den Kongreß als einen guten Schritt hervorwärts auf dem Wege zu internationalem Arbeit. Der Kongreß hat in Deutschland nicht die Bezeichnung gefunden, die er verdient, weil unter Aufwendung einer regelrechten Berichterstattung unterblieben. Es wird Aufgabe der Arbeiterpresse sein, das deutsche Proletariat nachdrücklich mit den Verhandlungen bekannt zu machen, vor allem aber dem entscheidenden Referat von Edo Himmens, dem Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Verbreitung zu geben. So temperierte noch das Referat von Jouhaux, so ernst und eindringlich das von Henderson war: das Referat Himmens war eine Tot, da die Rede in keinerlei schriftlichen Weise die Fragen des Friedensproblems und die Aufgaben der Gewerkschaften herausarbeitet, weil auf dem Kongreß und in den Kommissionen auch nicht eine Stimme (abgesehen von den Kommunisten) gegen das Referat laut wurde, im Gegenteil: gerade die schärfsten, entschiedensten Stellen entsetzten allgemeinen Konsens.

Jouhaux gab am ersten Tage eine Übersicht über die Notwendigkeit, alle für den Frieden wirkenden Kräfte zusammenzufassen. Mit Absicht sei vom Internationalen Gewerkschaftsbund der Rahmen des Kongresses weiter geöffnet, um alle Organisationen zu erfasen, die einsthaft mit der Arbeiterklasse für den Frieden, gegen Militarismus, Imperialismus, Autokratie und Geheimdiplomatie kämpfen wollten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung stelle sich fortan in den Dienst dieses Kampfes. Die Ausgestaltung des Völkerbundes zu einem Bund der Völker an Stelle des jetzigen Ausschusses der Regierungen sei eines der nächsten Ziele, darüber hinaus kriegerische Arbeit für Aufrüstung, Verhindern von Herstellung und Transport von Kriegsmaterial und Erfüllung des Proletariats mit dem entschlossenen Willen, der Kriegsgefahr mit dem Generalstreik zu begegnen.

Henderson resümierte über die Frage, was die Regierungen und die politischen Parteien für den Frieden getan haben und was sie tun können. Er schätzte das Kriegsende und gehörte in schweren Worten den Frieden, der sein Frieden sei, der besiegte Völker an den Rand des Abgrunds bringe und das Proletariat in den Siegerländern mit Arbeitslosigkeit und sozialem Rückgang peinige. Ein neuer Krieg könne die durch den Weltkrieg geschwächte europäische Zivilisation völlig vernichten. Deshalb sollte dieser Kongreß die Kräfte des Proletariats und aller Friedensfreunde zusammenführen, um mit allen Mitteln einen Waffengang zum Frieden zu verhindern. Die Washingtoner Konferenz habe keine Abrüstung gebracht, die beschlossene Einschränkung der Flotten bediente Erspartnisse in der Rüstung, lasse aber das gegenseitige Kräfteverhältnis bestehen. Kapitalistische Regierungen werden den Frieden nicht sichern, das kann nur geschehen nach den Grundlagen des internationalen Proletariats. Die Friedensverträge bedeuten eine schamlose Vergewaltigung der besiegten Völker, aber auch England reibt sich ein in die Reihen derjenigen, die in dem Streit um die Rohstoffe der Welt, Petrusium usw., imperialistische Politik treiben. Die Politik der Geheimdiplomatie und der Münzpolitik erhält und verschafft die internationale Segenfazie. Der Völkerbund dieser Regierungen ist deshalb auch keine Garantie für den Frieden. Solange es nur einseitig beschlossen kann und seine Eroberungswelt hat, sind seine Debatten nur akademische Erörterungen. Nur ein Völkerbund der Völker, nicht der Regierungen, sollte die Rohstoffquellen der Welt kontrollieren.

Buiffon, der 81jährige Pariser Gelehrte, trat in seinem Referat warm für eine geistige Umstellung, für eine Erziehung, gegen militärischen Geist ein. Die Menschheit sei noch dem furchtbaren Kriegsende reif für einen Zustand dauernden Friedens, wo Recht statt Gewalt herrsche.

Herr v. Gerlach sprach für die deutschen Sozialisten, entschlossen für den Kampf gegen den Krieg, aber warnend vor „zu weit gehenden sozialen Forderungen“! Himmens und mit ihm der Kongreß hat keinen Zweck darüber gelassen, daß das Proletariat in seinem Kampf gegen den Krieg nur solche Bündnisgenossen brauchen kann, die nicht nur mit Werten, sondern tatsächlich gegen den Krieg und seine Ursachen, den Kapitalismus, kämpfen wollen.

Die zweitlängste Diskussion war sehr interessant. Belgier und Franzosen wollten den Generalstreik im Kriegszustand befehlensfrei wissen auf Länder, die sie verließen, ein Schiedsgericht anzurufen. Aus der deutschen Delegation wurde denn noch in der Kommission selbst widerstreitende und die unterschiedliche Meinung vorwiegend von den Sozialdemokraten und den Kommunisten bestimmt. Von ihnen aus obige Entscheidung gefasst.

1922 1923

Frage schlichen trübe Tage
Des vergangnen Jahres hin.
Not und Kummer, Leid und Klage
Gibt es uns als Reingewinn.
Sorge hockt am kalten Herde,
Mangel gähnt aus Schrank und Tisch,
Neigt sich zur erstarrten Erde
Immer tiefer Herz und Kopf.

Läßt, Profiler, euer Treiben,
Sonst wird euch des Volkes Hand
Noch ein Menetekel schreiben
Rot und flammend an die Wand.
Um das Unrecht zu vertreten,
Schart euch, Brüder, insgemein,
Seid des Brudersinns Propheten
In den Dörfern, in den Städten,
Und ihr werdet Sieger sein!

Nimmersatt wie die Hyäne
Schleicht der Schieber um dein Haus,
Wucher fleischt die gelben Zähne,
Plündert Schrank und Scheuer aus.
Immer dreister, immer frecher
Tollt die Eier nach Geld und Gut.
Ohne Furcht vor einem Rächer
Trinkt sie aus gefülltem Becher
Arbeitsschweiss und Menschenblut.

Alles Jahr, du Jahr der Sorgen,
Fahre hin ins Nebelgrab!
Mit der Hoffnung grünem Morgen
Löst das neue Jahr dich ab.
Doch nur durch geeintes Wollen
Lenken wir des Jahres Lauf,
Hört ihr seine Donner donnern?
Seht ihr seine Würfel rollen?
Sturm reißt seine Pforten auf!

Victor Kallmowki

Hadel und Genossen sprachen auf dem Kongreß nur für ihre Presse. Die Redatte, die Graumann, Jouhaux, Vandervelde, Caballero, Thomas usw. mit ihnen führten, war so wichtig, daß wir in der nächsten Nummer darauf noch zurückkommen werden.

Die Erklärungen von Graumann und Wels legten besonderes Gewicht auf die Betonung des Unrechts, das die Entente dauernd an Deutschland verübt. Weil insbesondere Graumann sich auch mit den Kommunisten beschäftigte, wurde die Redezeit von 20 Minuten zu kurz, um alles Richtig zu sagen. Wir hätten sehr gern gewußt, daß gerade unsere Redner auch etwas gesagt hätten über den Kampf, den wir in unserem Lande zu führen haben gegen Schwerindustrie und Finanzkapital. Ihr Wichtigkeit wegen lassen wir heute Himmens Rede folgen.

Die Aufgabe der organisierten Arbeiter in der Bewegung für den Weltfrieden.

(Rede von Edo Himmens - Amsterdam, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Transporterbeiter-Föderation, auf dem Weltfriedenskongreß im Haag am 12. 12. 22.)

Mit der Einberufung dieses ersten wahren Weltfriedenskongresses bringt der Internationale Gewerkschaftsbund mit allen ihm angehörigen Organisationen, die sich auf 24 Länder erstrecken und insgesamt 24 Millionen Arbeiter und Angestellte umfassen, vor der gesamten Welt zum Ausdruck, daß die freien Gewerkschaften den Kampf für den Weltfrieden und den Krieg gegen den Krieg als eine ihrer heiligsten Aufgaben betrachten.

Die Übernahme dieser Aufgabe durch die Gewerkschaften ist keine aufsichtige. Jedes ist höchstens, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht von vornherein und von ihrer Entstehung an die direkte Kriegsgefahr eingezogen hat.

Diese Unterwerfung hat sich an der Gewerkschaftsbewegung und an dem gesamten Proletariat tragisch gerächt, denn damit hatte sich die einzige Macht, die dem Weltkrieg hätte wehren und, wenn ihn vielleicht auch nicht verhindern, ihm doch die Entseelung der rohesten Gewalten hätte erschüttern können, die Möglichkeit zu tödlichem Eingreifen genommen. Zum Schaden der Menschheit, zum Schaden vor allen Dingen der Arbeiterschaft selbst, deren besondere Interessenwahrung den freien Gewerkschaften übertraut ist.

Denn ist jeder Krieg ein Verbrechen an der Menschheit, so ist er zugleich Schänderei an der Arbeiterschaft. Der Krieg ist nicht nur ein furchtbarer Verhöhnung des Lebens, sondern er verzichtet auch mit einem Schlag alles, was die Arbeiterschaft in lebensbedeckendem organisierter Weise zu Lebensverbesserungen ertungen hat, und wirst sie mit seinen Folgen in tiefste wirtschaftliche Not und Verelendung.

Schon ein leichter Blick auf die derzeitige Lage der Arbeiterschaft der Welt macht dies zum Erstaunen klar. In allen Ländern ist die Arbeiterschaft heute wieder gesplitten, um den Bestand des nackten Lebens zu kämpfen. Und zwar ist die Lage der Arbeiterschaft in jedem Lande gleich. Es ist kein Unterschied zwischen Arbeitern in Siegerländern und Arbeitern in besieгten Ländern. Überall ist das Proletariat besieгter und überall ist das Kapital Gewinner.

Das Ziel des Proletariats ist immer ein gemeinsames. Nicht in gegenseitiger Uebewindung im nationalen Kampfe auf den Schlachtfeldern, sondern nur in gegenseitiger Verbindung zum internationalen Kampfe gegen Kapitalismus und Imperialismus kann das Proletariat seine Lage verbessern und seine Freiheit erringen.

Im gegenwärtigen Kampfe mordet und schwächt das Proletariat auch nicht den französischen, den deutschen oder den englischen Imperialismus, sondern es mordet und schwächt nur sich selbst. Seine Schwäche, die das Proletariat eines Landes dem Proletariat des anderen Landes zufügt, ist jedesmal zugleich eine Schwäche seines selbst. Das Proletariat besieгt nicht aus verschiedenen und voneinander unabhängigen Teilen, sondern es ist in sich verbunden. Die verschiedenen nationalen Gruppen des Proletariats sind nur verschiedene Glieder eines und desselben Armes. Eben dieses organische Verwachsensein des internationalen Proletariats dat auch zu einem internationalen organisierten Zusammenhang.

Die Internationale der Arbeiter ist also nichts Ausgefülltes. Sie ist keine Idee, sondern sie ist etwas Gegebenes, etwas ohne unseren Willen bestehendes und Lebendiges, das Karl Marx durch seinen Ruf: Proletarier aller Länder, vereint euch!, auch zum Bewußten in allen durch das Proletariat der Welt bringen wollte. Ob es will oder ob es nicht will: das Proletariat der gesamten Welt bildet eine einzige Großfamilie.

Die Erkenntnis dieser Tatsache fällt der Arbeiterschaft nicht leicht. Es ist nur allzu begreiflich, daß sie die Gemeinschaft mit den anderen Menschen und mit der Menschheit, die sie ausmacht, nicht sofort in, lebt als die gemeinsame Gemeinschaft einer einzigen Welt, die sie leben.

Gemeinschaft erscheint. Ist ihr doch selbst deren Sprache fremd und tritt sie als Massen mit dieser kaum anders in direkte Verbindung als durch die Begegnung auf den Feldern des Krieges!

Nicht unbeträchtlich erschwert wird der Arbeiterschaft die Erkenntnis der internationalen Zusammengehörigkeit auch durch die ganz in Händen der herrschenden Klasse liegende Erziehung, welche bewußt den Arbeiter von dieser Erkenntnis abschlägt, ihm die Nation, den Staat als das höchste Verbundene hinstellt und ihn mit dem Wahne erfüllt, Ehre und Ruhm sei auch seine Ehre und Ruhm.

Was sind diese Nationen?

Es genügt, um diese Frage zu beantworten, allein auf ihre Entstehung zu verweisen, denn die wenigsten der heute bestehenden Nationen sind ein in Freiheit gebildeter Menschenbund. Die ältesten sind das Ergebnis zufälliger Schlachtenglücks und Schlachtenunglücks. Ganze Völkerstöchter sind das Vaterland direkt aufgezwungen worden und nichts ist kennzeichnender als die Tatsache, daß auch nach dem hinter uns liegenden Krieg wieder Millionen von Menschen in einem neuen „Vaterland“ zugestellt wurden sind.

Was besteht der Anteil, den die Arbeiter der gesamten Welt am ihres Vaterlandes Ruhm und Ehre haben? Auch diese Frage findet mit einem einzigen Hinweis erschöpfende Beantwortung, dem Hinweis auf die Tatsache, daß in jedem Lande die Lage der Arbeiter eines Landes sind, an dessen Ruhm und Ehre der Sieg oder die Niederlage haftet, und gleichzeitig, ob das Vaterland reich oder arm, groß oder klein ist.

In allen Ländern muß die Arbeiterschaft gleichmäßig um das Vaterland und um den Kulturstandard kämpfen, auf den sie Anspruch erhält. Kein Vaterland ist ihr gegenüber freigiebiger. Nebenall wird die Lage der Arbeitenden bestimmt durch die Macht, welche sie in ihrer eigenen Gesellschaft, in ihrer Nation, in und gegen ihr eigenes „Vaterland“ entfalten.

Das alleinige und ausschließliche Recht, das jedes Vaterland dem Arbeiter komplett bewilligt, ist das Recht zu hungern und das Recht, auf dem Schlachtfeld für seinen Ruhm und seine Ehre zu sterben.

Nicht das Proletariat ist darum der Verkörperung des Begriffes Vaterland, sondern der Verkörperung ist jene Schicht aller Völker, die zahlenmäßig klein, aber stark und gewaltig durch ihre Beherrschung des Produktionsmittel, die Völkerlander beherrschend und dem Besitzlosen jeden neuendeten Anteil am Vaterland verwehrt. Diese Schicht, welche die Herrschaft des Staates nur zur besseren Festigung ihrer wirtschaftlichen Herrschaft benötigt und zu den Massen des Volkes keine andere Beziehung kennt, als die der Ausbeuter zu Ausbeuteten und Ausbeutungsfähigen.

Der Kapitalismus macht das Vaterland zur Kulturstadt und bringt es obendrein noch fertig, auch den Unterdrückten zugunsten, sich für diese Kulturstadt zu begeistern.

Aber in dieser Kulturstadt können die Kapitalisten ihr Vaterland lieben. Ihre Vaterlandsliebe verflüchtigt sich dann auch sofort, wenn ihre ausschließliche Beherrschung des Staates gefährdet oder gar gefährdet wird. Dann hört sie nichts mehr an das Vaterland und wird. Sie wandern mit Gott und Gut aus und breiten jede Gemeinschaft mit ihrem Vaterland. Ihre Vaterlandsliebe ist also nichts anderes, als die Liebe in ihre eigene Heimatstadt. Das beweisen nicht nur die Vorfälle in Rußland, das beweist auch die Kapitaliststadt als Ländern, wo der Staat bedroht ist oder sich bedroht glaubt.

Der Kapitalismus ruht also nicht bloß dem Arbeiter das Vaterland, sondern er ist auch selbst vaterlandlos.

Aus diesen Tatsachen muß die Arbeiterschaft die Folgerungen ziehen und erkennen, daß Kriege, wie immer sie geartet sein mögen, niemals ihre Interessen fördern, sondern nur ein Mittel sind, durch das die wirtschaftlichen Staatsbeherrschter, die Kapitalisten, ihren eigenen Macht- und Einflussbereich auszudehnen und auszuweiten versuchen. Tatsächlich haben die modernen Staatenkriege nur die Schaffung neuer Außenmärkte für das Kapital zum Ziel, deren Erforschung der arbeitenden und konsumierenden Massen selbst keinen Gewinn bringt, sondern auch auf dem Innenmarkt eine Stärkung des Kapitals zur ständigen, von den Kapitalisten nicht unberücksichtigt Holze hat.

Dabei ist den Kapitalisten jeder Krieg immer eine Quelle der Vereinfachung. Während im Kriege die Arbeit, die ja allein die Massen darstellen, mit denen der Krieg geführt wird, ihr Leben einstehen, die unbeschreiblichsten Drangsalen auf sich nehmen und sich zeitweise an ihrem Körper schänden lassen müssen, eröffnet der Krieg allemal der Industrie eine Konjunktur des Gewinns. Der Massenmord ist den Kapitalisten immer ein gewinnbringendes Geschäft. Deswegen ist auch zumindest die Rüstungsindustrie fortgesetzte Schürfer des Hasses unter den Völkern. Sie weiß, daß, wie Karl Liebknecht im April 1918 im deutschen Reichstag erklärte, ihre Dividende proportional ist dem Grade des Hasses zwischen den Völkern. Ein großer Teil der Presse, welche die öffentliche Meinung entsprechend beeinflusst, wird direkt von der Rüstungsindustrie befehligt.

Natürlich trifft diese Propaganda in allen Ländern in patriotischer Umhüllung auf und gibt vor, nur das vaterländische Interesse im Auge zu haben, während doch bekannt ist, daß vor dem Kriege die Rüstungsindustrie der verschiedensten Länder in denselben engsten Weise zusammenarbeitet und die Rüstungsindustrie eines Landes mit denselben Hemmungslosigkeit den Staat eines anderen Landes beliebt, mit der sie in ihrer Presse den Hass gegen dieses selbe Land schürt.

Die Gewinnmöglichkeit für die Industrie im Kriege werden nicht zuletzt auch durch gesteigert, daß Kriegserklärung eines Staates an den anderen parallel geht die Kriegserklärung an die eigene Arbeiterschaft. Die Versetzung wird aufgezogen und der Zugangsraum auf sich an die Stelle. Analog zum Kriege gegen den äußeren Feind und eindeutig bestimmt. Diese kann keine andere sein als Bekämpfung des Krieges. Eine andere Stellungnahme gibt es für die Arbeiterschaft nicht, wenn sie nicht gegen ihre eigenen Interessen verstoßen will.

Und zwar muß die Arbeiterschaft den Kampf führen gegen den Krieg in allen seinen Gefilden. Sowohl in seiner offenen als in der verborgenen Form des bewaffneten Friedens, der ja nicht Sicherheit und Garantie des Friedens, sondern immer nur Sicherheit und Gewalt eines neuen Krieges und damit latenter Krieg selbst ist.

Der Kampf gegen den bewaffneten Frieden muß mit derselben Leidenschaft und Hingabe geführt werden, wie der Kampf gegen den offenen Krieg, denn nicht ist der bewaffnete Frieden seine offene Verteilung, sondern er führt notwendig zu einem Weltkrieg unter den Staaten und damit zu immer unerträglicheren Gewaltformen, die Verteilungen für die Völkerstöchter und zu immer dunkleren und gefährlicheren Hindernissen der Frieden.

So zeigt sich die Auswirkungen für kulturelle Zwecke auf einen verschwindend kleinen Bruchteil der Staatsausgaben. Der bei weitem überwiegende Teil der Ausgaben entfällt auf den bewaffneten Frieden. Vermögend hierfür ist das englische Budget für das Jahr 1922/23, das sich insgesamt auf 960 Millionen Pfund Sterling beläuft, von denen etwa ein Viertel, also 240 Millionen Pfund, als Kriegs- und Friedens- und Friedensförderung, während die Kultur- und Bildungsausgaben nur 6 Millionen Pfund für Kulturausbau und Förderung und 30 Millionen Pfund für Kriegsführung und Verteilung auf 30 Millionen Pfund.

Rath dem Stillstand der Notenpreise.

Mancher Arbeiter und Zeitungssleiter mag sich beim Ueberschauen der Zahlen des täglich fabrizierten Papiergeldes schon gestraft haben: „Wie mag das bloß werden, wenn die Notenpreise einmal stillgesetzt wird?“ Wer sich im Geldweisen einigermaßen auskennt, vermag nun die Folgen eines Stillstands der Geldpolitik einzusehen — was für uns heute aber wichtiger ist als die zu erwartenden Folgen, sind die Voraussehungen, unter welchen die Geldfabrikation eingestellt werden kann. Freilich stehen diese Voraussehungen wiederum in einem bestimmtem Zusammenhang mit den Folgen. Es ist aber auch gar nicht so schwierig, sich über alle diese Umstände klar zu werden. Man hat eine ganze Reihe Beispiele in der Geschichte und wir haben ein augensichtliches Beispiel vor der Nase in Deutschland.

Sehen wir uns dieses jüngste Beispiel einmal näher an. Es ist besonders für uns bemerkenswert, weil die Verhältnisse dort in weitem Maße den untrüglichen ähnlich sind. Prüfen wir, welche Voraussehungen bei der Einstellung des Banknotenendrucks erfüllt wurden und welche Folgen dies hatte oder haben wird.

Der junge Staat Deutschösterreich trat sein Leben in einem Zustand steriler finanzpolitischer und wirtschaftlicher Verkümmerung an. Aus äußeren und inneren Gründen zeigte er sich nicht besonders lebenskräftig. So schlimm steht es mit Deutschland nicht. Über Österreich hatte die eine große Sorge um Reparationen nicht, die uns zu Boden drückt. Dennoch war der Staat völlig bankrott und die private Wirtschaft ein Tollhaus geworden. Im Lande tummeln sich ein internationales Schieberdach, die Hotels, Bars, Kaffees, Restaurants in Wien waren fast nur von Ausländern bevölkert, die Wien und das Land austauschten, zusammenten, alle Werte vertrieben hielten. Die Regierung wußte jede Woche mehr als 100 Millionen neue Papierkronen ins Land. Diese Papiergeldsumme kam mit einer Leidenschaft verglichen werden, unter welcher sich nur noch ein Rest gesunden wirtschaftlichen Lebens bewegte. Die Löhne und Gehälter konnten tatsächlich trotz der Papiermünzzeit nicht mehr ausbezahlt werden. Es ging absolut nicht weiter. Da griff endlich der Pöllerbund ein, der das schon lange versprochen hatte. Österreich wird jetzt „sanitär“.

Wie wird das nun angeschaut? Die Sonderregierung Österreichs ist eine lange Geschichte. Wir wollen uns aber mit dem begnügen, was jetzt geschieht wird. Und das ist in der Hauptstadt dieses Österreichs nicht unter absoluter Finanzdirektion des Österreichischen, d. h. der Entente. Österreich erhält eine direkte Anteile, verlust aber hat sie seine politische Selbstständigkeit, in erster Linie gibt es keine Förderung des Anschlusses an Deutschland auf. Die Anteile hat es zwar noch nicht, sie ist ihm aber gesichert. Vorher hatte Österreich eine neue Staatsbank zu gründen. Die alte Österreich-Ungarische Staatsbank liquidierte. Die neue ist die Österreichische Notenbank. Sie regelt jetzt das österreichische Geldwesen.

Sie wurde gegründet mit 80 Millionen Goldkronen, die von den Kreditbanken in Deutzen der Regierung zur Verfügung gestellt werden mussten, wogegen diese Goldschubstelle im selben Betrage erhielten. Zwei Drittel dieser 80 Millionen sind bereits abgetreten der Welt soll noch vor Weihnachten folgen. Nun konnte die Regierung mit diesen Mitteln arbeiten und den Notendruck einzustellen. Außerdem leistete die Regierung auch dem Publikum für 20 Millionen Goldkronen Goldschubstelle zur Rechnung vor. Garantiert sind diese 20 Millionen Goldkronen von der Regierung mit den Einnahmen aus den Zöllen und aus dem Tabakmonopol. Nach sechs Monaten sollen diese Goldschubstelle zum Tagesanfang der Krone in bar eingelöst werden. Die Geldgeber verzieren also nichts bei diesem Geschäft. Die so erhaltenen Mittel sollen alle Ausgaben des Staates bis Ende Januar decken. Bis dahin deutet man, die ausländische Anteile in der Höhe von 80 Millionen Goldkronen herein zu haben oder doch bereits von ihr leben zu können. Vorschüsse auf diese Anteile werden dann ja auch zur Verfügung stehen.

Die Krone ist also die: Bisher lebte die Regierung vom Pump-

— und jetzt lebt sie auch vom Pump. Bisher aber pumpte sie gewaltig die Volksmasse aus, ohne Rücksicht auf die entstehenden Folgen, und jetzt pumpft sie bei denen, die noch was zu verpumpt haben, gegen Zinsen, und in den kommenden Monaten wird sie auf Kosten des Auslandebumps leben. Das ist allerdings ein sehr wesentlicher Unterschied in der Pumperei. Der erstere Weg führt zum Untergang des Volles, der zweite kann zur Rettung führen.

Wie aber sehen die augenblicklichen Zustände im Lande aus, die eine Folge dieser finanzpolitischen Maßnahmen sind und die auch mehr oder weniger in Deutschland eintreten müssen, wenn bei uns die Notenpreise zum Stillstand kommen?

Das erste war, die Krone sank nicht mehr im Aus. Sie kam zum Stehen. Jetzt steigt sie sogar, wenn auch wenig. Die Preise standen ebenfalls und sonnen absatzlos. Heute ist in Österreich „Preissabzug“. An jedem Schaufenster ist das Wort zu lesen, Es wird viel Ware angeboten, aber keine gekauft. Weil nämlich niemand mehr Geld hat zum kaufen. So ist mit einem Schlag um 40 Prozent gefallen im Preis. Notverduse sind keine Seltenheit. Aber auch wer Geld hat, kauft nicht, weil alle glauben, daß die Preise noch weiter sinken, und sie werden auch weiter sinken. Petroleum ist natürlich so billig geworden daß fast ganz Wien heute auf Gas verzichtet. Herren- und Damenkäufe fallen zwar immer noch 145 000 Kronen, aber auch die Lebepreise sinken. Der Preisabzug wird zum Pfeifpuff — und ihm folgt der Rohstoff — oder geht ihm auch voraus. Letztweise sind die Löhne bedeutend mehr herabgesetzt worden als die Preise. Dazu kommt natürlich massenhafte Arbeitslosigkeit. Die kleinen Betriebe schliefen ganz, die mittleren teilweise, die großen arbeiten nur noch mit dem alten Arbeitsstamm. Jede Woche erfolgen Kundigungen und Entlassungen. Die ganze Fremdenindustrie ist plötzlich pleite, die Auslandsratten haben das Schiff verlassen, die Hotels und Juweliergeschäfte und Bars sind leer oder geschlossen, öffentliche Lokale nur Samstage und Sonntags sind geöffnet. Arbeiter wandern aus nach Rumänien und Jugoslawien, wo die Wirtschaftslage eine bessere ist. Diese Blaufabrikate machen Bankrott, größere Bleichen werden folgen.

Und alles das ist gesund und unausbleiblich. Österreich hat einige

Jahre lang etwa 15 Prozent mehr verbraucht als es Werte erzeugte. Seine Kapitalisten haben die Werte und sonstigen festen Werts Riesenfest verwässert und die Börsenspekulation bis zum Zerstörer getrieben. Nicht nur der Staat und die Finanzen, auch die Wirtschaft und Moral waren gründlich verklumpt. Der Geld verlor, nahm 500 über 800 Prozent Zinsen. Und vieleborgten Geld, um damit Riesengewinne an der Börse zu machen. Das ganze Volk taumelte in dem Wirlwind, aus dem es keinen Ausweg zu geben schien. Nun soll der Ausweg gefunden werden. Das lohnt Opfer. Viele werden am Wegende liegen bleiben. Ob der Ausgang wirklich gefunden wird, wird wesentlich davon abhängen, wie die festigen Vaten erkennen werden, ob man über die Arbeitslosigkeit und alle weiteren Folgen hinwegkommen wird, ohne wieder neues Papiergeld zu machen. Je höher ein Staat mit dem Papiergelddruck aufzählt und je größer seine Papiermasse ist im Verhältnis zu seinem Vermögen und der Arbeitskraft seines Volkes, um so schwerer wird die Krise und das Gelingen sein, das dieses Volk durchmachen muss, um aus dem Schlammloch wieder herauszukommen. Keine neue Wahrheit, aber eine sehr ernste. Wir in Deutschland haben dies Urtheil, sie zu beachten. ar,

Vom „Segen“ des Alkohols.

Der Pressechef der berühmten Staatsregierung, Dr. Goslar, hat über seine Amerikareise ein gutes Buch geschrieben (Amerika 1922, Verlag: Loeffel, Berlin), dem wir folgende Parole über das Alkoholverbot in Amerika entnehmen:

„Es ist selbstverständlich, daß in einem Lande, in dem der Alkohol in der Gestalt bier- und schweregebräuten Bieres und hohen Schnapses — weit weniger dagegen Wein — eine sehr große Rolle spielt, auch die Verbrechen und Vergehen im Aufstand des Alkoholrausches in der Kremlinatlast mit an vorheriger Stelle standen. Naturnothwendig muß daher auch eine Gentung der Kurve gewisser Verbrechen und Vergehen eintreten, wenn die Prohibitionssatz nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch wirklich durchgeführt wird. Insofern ist nun aber die Bill danach praktisch durchgeführt.“ Darüber folgende Zahlen:

Zahl der polizeil. Arreste wegen Betrunkenheit für 60 Städte des Union.

1917 1918 1919 1920

(erste zwei Jahre des Prohib.)

816 843 320 189 179 630 103 708

W. York 16 311 8 706 7 098 7 904
Boden 78 332 54 948 35 540 31 810
Philadelphia 48 040 34 606 29 618 20 410
Pittsburg (Schwerpunkt) 28 925 23 560 14 004 8 597
San Francisco 14 736 15 487 11 928 8 587

Für die Jahre 1921 und 1922 wird also allerdings wiederum zwischen ein langsameres Ansteigen der verboten bliebenen Getränke; ein

leichten皓se, das noch viele trügerische Prohibitionssgegner es verstanden haben, hier in der Zwischenzeit auf leumunen Pfaden das geltende Gesetz zu verschaffen.

Im engsten Zusammenhang mit dem Abgang der Verhaftungen bestimmt ist auch die Zahl der wegen Landesfeindschaft festgenommenen Personen stark gefallen (obwohl hier natürlich auch die Verhältnisse des Arbeitmarktes jeweils sehr mischbar sind), und die der Insassen der Korrektions- und Arbeitshäuser hat sich gewaltig vermehrt. Philadelphias Haft nach einem neumonatigen Besuch des Hauses 1100 leere Zellen in seinen Arbeitshäusern, die im Durchschnitt (März 1920) nur noch eine Tagesbesetzung von 474 hatten gegen 2000 vorher. Das Chicagoer Korrektionshaus hatte am 1. April 1920: 800 Insassen gegen 250 im April 1919; die tägliche Durchschnittsbesetzung eines großen Arbeitshauses in Columbia entwidmet sich wie folgt: 1913: 17: 640, 1918: 878, 1919: 428, 1920: 334. Ziemlich lauten die Berichte der Gouverneure aller Staaten und der Polizei und Stadtoberhäupter. Die Güter der Arbeitshäuser, die immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt kommen, ist wohl überall auf mindestens die Hälfte, vielleicht noch mehr, zurückgegangen. Das sind Einsparungen, die sich leicht lassen können, die aber, da eine völlige Kontrolle des Alkoholverbrauchs und -missbrauchs durch die staatlichen Organe noch nicht erlangt ist und in diesem Altersland auch niemals ganz zufrieden kommen kann, nicht ohne weitgehende Nachwirkungen auf die Verdienstlosigkeitlassen zu lassen. Innerhalb: Sehen wir einmal von Staatsgewerbeleuten ab, die in ihrer Begeisterung für die Prohibitionssbill auf aussergewöhnliche Weise von ihrer Verantwortung hierfür weißlich geworden sind, von einer Abnützung aller Verbrechen um 70 Prozent seit Infektionen die Bill drohten; die fünf Hauptverbrechen, wie Prohibition, Totschläge, nördliche Einbrüche, raubende Überfälle, Ladendiebstahl und Automobildiebstähle, schienen ebenfalls zurückzugehen. Von größeren Städten meldete Buffalo für 1920 ein Minus an derartigen Fällen gegen 1919 von 27 Prozent, ähnlich auch Detroit. Dem Gerichtshof, der auf Manhattan die meisten schweren Verbrechen aburteilt, dem Court of General Sessions, lagen 1919 noch 5114, dagegen 1920 nur 3300 Fälle vor. Die Statistik für vier Hauptverbrechen entwickelte sich in der Stadt New York (bei ständig steigender Bevölkerungszahl) insgesamt wie folgt:

	1920	1919	1918	1917	1916	1915
Morde	190	224	223	226	185	222
Überfälle	2 587	2 537	2 554	2 501	3 466	3 203
Überreiten	1 007	1 123	849	864	896	849
Diebstähle	6 820	7 308	7 412	9 450	9 898	11 611
	10 614	11 212	10 588	18 141	14 431	13 885

Börsenwirtschaftliche Rundschau.

Holt in Deutschland traurer als am Weltmarkt.

Die Holzpreise haben sich geradezu katastrophal entwidmet. Holzhölzer, das in der Vorwärtszeit, etwa im Juli 1914, ab Wald je Kettensäge 17 M. brachte, wurde vor einigen Tagen in einem Holzverkauf des Zweckverbandes Groß-Berlin mit rund 120 000 M. d. b. zum Seidenstaufenbach des Holzpreises verkaufen. In Südböhmen (Thür.) brachte Holzbuche, die von namhaften Firmen des Holzgewerbes gekauft wurde, noch wesentlich mehr. Es kann also keine Städte mehr davon sein, daß die Bewegungen am Teplitzmarkt noch für die Entwicklung der Holzpreise maßgebend sind. Viellose Spekulationen und wahrscheinlich auch die Erwartung, daß die deutsche Wirtschaft noch mehr herabstürzt, werden vielmehr den Eigentumsverlusten bei der Abgabe ihrer Gebote die Wege. Es wird also eine Verschlechterung der deutschen Markt beim Rohholzelauf in Worte bereits vorweg genommen.

Saitholzpreise folgen den Holzbörsen etwas langamer. Die Konsumen löschen nicht sein Bett, ein Schrank, ein Sarg, sofern sie Hunderttausend, ja Hunderttausende, die Scritener halten mit Rüßen auftrud, aber vielfach auch nicht genügend Kapital zum Einkauf.

Aber immer noch ruhen Industrie und Handel: Es lebe die freie Wirtschaft!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die gelbe Gefahr.

Ein Vorgang von systematischer Bedeutung für die Verschiebung in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern hat sich in den letzten Tagen abgespielt. Eine Gruppe von Angestellten hat sich nämlich in der Frage der geistlichen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten unter Lage offen auf die Seite der Unternehmer gestellt. Es sind dies die Mitglieder des Reichsbundes deutscher Bergbauangestellten, einer Organisation, die es jetzt abgesetzt hat, sich einem der drei Spartenverbände anzuschließen, und die daher schon immer als gelb bezeichnet wurde, eine Feststellung, gegen die sich der R. d. B. allerdings nichts gewehrt hat.

In einer vor kurzem stattgefundenen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium sollte von den beteiligten Verbänden zu der Frage Stellung genommen werden, ob die Arbeitszeit der Angestellten unter Lage durch ein Gesetz geregelt werden sollte. Die Arbeitgeber lebten in der Erwartung diese Regelung ab, was ja auf Grund ihrer gesamten Einstellung zur Regelung der Arbeitszeit nicht anders zu erwarten war. Die Gewerkschaften forderten demgegenüber eine Regelung. Und nun geschah das Seltsame: der R. d. B. setzte ebenso wie die Unternehmer eine geistliche Regelung der Arbeitszeit der Angestellten unter Lage ab! Diese offene Steuerungnahme für die Unternehmer zeigt, daß die gelbe Bewegung Morgenrot willt, und die Gefahr ist nicht so gering zu bewerten, weil es dem R. d. B. der R. d. B. selbst als Gewerkschaft bezeichnet, im Bismarck-Kreis im Gegensatz zu den anderen Bergbauangestellten gelungen ist, nicht nur die Angestellten plötzlich geschlossen bei sich zu organisieren, sondern diese seine Mitglieder in Versammlungen dahin gebracht hat, daß sie sich schon den Standpunkt ihrer Verbandsleitung in der Frage der Arbeitszeit auch zu eigen machen.

Dieses Verhalten des R. d. B. ist ein Verbrechen an der Arbeitnehmerkraft, denn was es zu bedeuten hat, wenn im gegenwärtigen Augenblick, in dem der Kampf um die geistliche Regelung der Arbeitszeit im Gange ist, den Unternehmern eine Gruppe von Angestellten zu Hilfe eilt, das kann jeder Einsichtige selbst ermessen. Ganz besonders beschämend an diesem Vorgang ist aber, daß die Bismarck-Bergbauangestellten auf Gründen völlig falsch sind, die sich in ihrer übergrößten Mehrheit

in Kommunalbesitz befinden.

In einer vor kurzem stattgefundenen Verhandlung im Reichs-

arbeitsministerium sollte von den beteiligten Verbänden zu der Frage

Stellung genommen werden, ob die Arbeitszeit der Angestellten unter Lage durch ein Gesetz geregelt werden sollte. Die Arbeitgeber lebten in der Erwartung dieser Regelung ab, was ja auf Grund ihrer gesamten Einstellung zur Regelung der Arbeitszeit nicht anders zu erwarten war.

Die Gewerkschaften, die es jetzt abgesetzt hat, sich einem der drei Spartenverbände anzuschließen, und die daher schon immer als gelb bezeichnet wurde, eine Feststellung, gegen die sich der R. d. B.

allerdings nichts gewehrt hat.

In einer vor kurzem stattgefundenen Verhandlung im Reichs-

arbeitsministerium sollte von den beteiligten Verbänden zu der Frage

Stellung genommen werden, ob die Arbeitszeit der Angestellten unter Lage durch ein Gesetz geregelt werden sollte. Die Arbeitgeber lebten in der Erwartung dieser Regelung ab, was ja auf Grund ihrer gesamten Einstellung zur Regelung der Arbeitszeit nicht anders zu erwarten war.

Die Gewerkschaften, die es jetzt abgesetzt hat, sich einem der drei Spartenverbände anzuschließen, und die daher schon immer als gelb bezeichnet wurde, eine Feststellung, gegen die sich der R. d. B.

allerdings nichts gewehrt hat.

In einer vor kurzem stattgefundenen Verhandlung im Reichs-

arbeitsministerium sollte von den beteiligten Verbänden zu der Frage

Stellung genommen werden, ob die Arbeitszeit der Angestellten unter Lage durch ein Gesetz geregelt werden sollte. Die Arbeitgeber lebten in der Erwartung dieser Regelung ab, was ja auf Grund ihrer gesamten Einstellung zur Regelung der Arbeitszeit nicht anders zu erwarten war.

Die Gewerkschaften, die es jetzt abgesetzt hat, sich einem der drei Spartenverbände anzuschließen, und die daher schon immer als gelb bezeichnet wurde, eine Feststellung, gegen die sich der R. d. B.

allerdings nichts gewehrt hat.

In einer vor kurzem stattgefundenen Verhandlung im Reichs-

arbeitsministerium sollte von den beteiligten Verbänden zu der Frage

Stellung genommen werden, ob die Arbeitszeit der Angestellten unter Lage durch ein Gesetz geregelt werden sollte. Die Arbeitgeber lebten in der Erwartung dieser Regelung ab, was ja auf Grund ihrer gesamten Einstellung zur Regelung der Arbeitszeit nicht anders zu erwarten war.

Die Gewerkschaften, die es jetzt abgesetzt hat, sich einem der drei Spartenverbände anzuschließen, und die daher schon immer als gelb bezeichnet wurde, eine Feststellung, gegen die sich der R. d. B.

allerdings nichts gewehrt hat.

In einer vor kurzem stattgefundenen Verhandlung im Reichs-

arbeitsministerium sollte von den beteiligten Verbänden zu der Frage

Stellung genommen werden, ob die Arbeitszeit der Angestellten unter Lage durch ein Gesetz geregelt werden sollte. Die Arbeitgeber lebten in der Erwartung dieser Regelung ab, was ja auf Grund ihrer gesamten Einstellung zur Regelung der Arbeitszeit nicht anders zu erwarten war.

großer und kleiner bürgerlicher Blätter. Und von wem werden diese geleistet? Von den Arbeitern natürlich! Zum Dank dafür müssen diese Blätter mit offenen, meist jedoch verdeckten Verunglimpfungen und Verleumdungen ihre Geldgeber — die Arbeiter. Hier und da hört man dann einen Wutschrei, hassen tut es jedoch nicht; die bürgerliche Presse weiter gelesen, weiter unterdrückt, damit neue Minuten für die Bergarbeiter gebrech. Kameraden, schämt euch!

Nette Lohnverhandlungen.

Die Steuerung im Dezember machte neue Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände notwendig. Die Unternehmerpresse („Rhein-West-Zeitung“, „Bergwerks-Zeitung“) kündigte dann auch neue Lohnverhandlungen an. Die Unternehmergruppe verlangte Verschiebung dieser Verhandlungen bis etwa zum 10. Januar. Die vier Bergarbeiterverbände haben in neuen dringlichen Vorstellungen beim Arbeitsministerium das Staffeln von Lohnverhandlungen sofort nach Weihnachten verlangt. Sie erklären die Vertragung bis zum 10. Januar einstellig für untragbar. (Bei Redaktionschluss am 22. Dezember lag eine Mitteilung über den Verhandlungstermin noch nicht vor.)

Sie protestieren gegen Lohnnerhöhung.

Wir lasen am 22. Dezember 1922 in der Unternehmerpresse: „Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller haben beim Reichsarbeitsminister den entschiedensten und schärfsten Einspruch gegen eine neue Erhöhung der Bergarbeiterlöhne und eine damit naturgemäß verbundene Kohlenpreisseitigung erhoben und dem Reichsminister für Wirtschaft eine Abschrift dieser Eingabe zugestellt. Die erstgenannte Fördergesellschaft vertritt die Anträge aller Industriezweige des Westens, also des Zellstoffgewerbes, der chemischen Industrie, der Papier- und Webereiherstellung, der Glasindustrie, der Industrien des Hofs und Holzverarbeitung und zahlreicher verarbeitender Industrien aller Art, die Nordwestliche Gruppe ist die Vertreterin der Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie in Rheinland und Westfalen. Es liegt somit ein bedeutungsvoller Einspruch dieser sämtlichen Zweige unserer Wirtschaft vor. Die Eingabe weist darauf hin, daß die in Rede stehende Erhöhung eine sofortige Steigerung der Erzeugungskosten für alle Güter bedeutet, mit der ein Rückgang in der Aufnahmefähigkeit des insländischen wie des ausländischen Marktes verbunden sein würde. Auch die Arbeitslosigkeit würde zweifellos eine bedeutende Zunahme erfahren.“

Dieselben Leute, die ihren Metallarbeitern Stundenlohn von 400, ja von 475 RM. wie in Köln bewilligen müssen, wollen die Bergleute zu weiterem Verzicht auf Lohnnerhöhung zwingen!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

25-jährige Verbandszugehörigkeit

feiert diesen Monat der Kommandant Hermann Krempa. Er ist ein treues Mitglied und feiert bei keiner Versammlung und Haussagitation in der Zahlstelle Rüttenscheid. Möchten sich die jungen Kameraden ein Beispiel daran nehmen. Mögen dem Jubilar noch monate Jahre vergönnt sein, um im Interesse des Verbandes auch weiterhin zu wirken.

Zum Jubiläum auf den Stützenzeichen.

Uns wird geschrieben: Vor kurzer Zeit ging eine Notiz durch die bürgerlichen Zeitungen mit der auffallenden Überschrift: „Die Ursache des Unglücks auf den Stützenzeichen“. In der Notiz wird nochmals auf das traurliche Unglück im August d. J. hingewiesen, bei welchem sechs Grubenbeamte und ein Schlepper den Tod fanden. Darauf ruft man dann die Vermutung, daß die Ursache des Unglücks in dem Brand einer Brennholzammer in einem Blindschacht zu suchen sei. Der Brand sei dadurch entstanden, daß Leute den Stapel verbotssicherer Weise zum Füllen benutzten und die Maschine weiter laufen ließen, bis schließlich die Brennholzäste zu brennen anfingen. Es wird dann weiter in der Notiz bekannt gegeben, daß auf der Grube Matthias Stützen I-II Leute abgeschafft wurden, die einen Stapel verbotssicherer Weise benutzt hatten und ebenfalls, wie auf Welheim, die Maschine weiter laufen ließen. Man will auch hier Funkenbildung wahrgenommen haben.

So sehr jeder verständige Mensch das Fahren in nicht dafür eingerichteten Stapeln verurteilen muß, so sehr zu verurteilen ist aber auch, wenn man in der Notiz der bürgerlichen Blätter die letztere Tatsache mit dem Unglück auf Welheim und Matthias Stützen in Verbindung zu bringen versucht. Zugegeben, der Brand auf Welheim sei auf die geschilderte Art entstanden: was hat er aber mit den Toten auf Matthias Stützen zu tun? Der Erfolglosigkeit der fünf Opfer auf Grube Matthias Stützen hängt doch eigentlich nur indirekt mit dem Stande der Brennholzammer zusammen, die eigentlichen Ursachen liegen doch tiefer und auf anderem Gebiete. Das dürften auch diejenigen wissen, die die Notiz in die bürgerlichen Zeitungen brachten. Man soll nun nicht in der Offenheitheit den Anschein erwecken wollen, als ob die Arbeiterschaft auch an dem Tode der fünf Menschen auf Matthias Stützen die Schuld trage. Das geht nun doch entgegen zu weit! Der bedauerliche Verlust der fünf Menschenleben steht nur indirekt mit dem Staubbrand auf Welheim im Zusammenhang, und es ist darum ganz entsetzend zu verurteilen, wenn man, wie es in der Notiz geschieht, der Arbeiterschaft die Schuld auch an diesem Unglück beimischt, wo man doch genau weiß, daß es andere Ursachen sind.

Möchte und Willung auf der Zeche Samson I/II.

Wie wir in Nr. 48 der „Bergarbeiter-Zeitung“ berichteten, hat am 23. November auf der Zeche Samson I/II in Herne ein Grubenkreis entstanden. In den Rauchschwaden haben 10 Belegschaftsmitglieder — 1 Steiger und 9 Arbeiter — ihren Tod gefunden. Auf der 6. Sohle in der östlichen Rüststrecke ist elektrische Straßenförderung. Am 23. November, zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags, kurz hinter dem zweiten Abteilungsquerstolln, entgleiste die elektrische Lokomotive, wahrscheinlich infolge zu schneller Fahrt. Die in Bewegung gewesenen Förderwagen haben mit solcher Wucht auf die Lokomotive geschlagen, daß dieselbe fast vollständig umgedreht wurde und dabei den Straßenbaum fast beschädigt. Reben dem Faschabel läuft am Stoß bereits ein Spiegelstab durch die Strecke. Durch die Entgleisung der Lokomotive ist dieser Faschabel zerstört worden. Der Faschabel hat sich reiten können. Das Faschabel selbst hat den Strom unterbrochen und das Feuer fand in der mit Holz ausgebauten Strecke rasch Röhrung.

Der Bergmann hat zunächst das Feuer zu löschen, der Bergmann ist jedoch missglückt. Die Rauchschwaden sind in dem frischen Luftzug in die einzelnen Steigerabteilungen gebrungen. Nachdem von eingekerkerten Arbeitern und Beamten die Gefahr erkannt wurde, sind die gefährdeten Retter benachrichtigt worden. Die Arbeiter sind dann sofort ausgerückt. Das Retter des verunglückten Steigers Schäfer war am letzten gefährdet. 23 Arbeiter sind bei dem Auftreten der großen Rauchschwaden abgezogen. Der Steiger selber hat es für seine Freiheit gehalten, die gefährdeten Arbeiter zu benachrichtigen, dabei ist er dann zu Tode gekommen. Ein Arbeiter R., der vom seinem Wohnterrier auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, antwortete, er wolle erst bitten. Dabei ist es geschlichen. Der Betreffende zählt zu den Toten, während die seine Wohnterrier retten konnten. Es ist uns dies ein Beweis, daß es noch Arbeiter gibt, die sich oft bei Gefahren im Bergbau nicht bedroht fühlen. Die Rettungszugspatzen sind sofort eingeholt worden. Im Gegensatz zu Welheim hat der Rettungszugspatzen nach Ansicht der Betriebsüberwachung gelöscht. Es wird nun Aufgabe der zuständigen Instanzen sein, die unschuldigen Bergmannsgegenseitigkeit zu befreien. Eine Entgleisung der Lokomotive hat in diesem Stoß 10 Menschen das Leben kostet. Die Entgleisungen sind in den meisten Fällen auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Hier muss eingestehen, vor allen Dingen müssen die befindenden Vorschriften Anwendung finden und dort wo Mängel sind, müssen diese ergänzt werden. Es muss weiter dafür gesorgt werden, daß bei einer Entgleisung die Rettungszugspatzen geöffnet werden. Die elektrischen Faschabel müssen bereits gesichert werden, doch sie bei Betriebsstörungen nicht sofort durchbruch verursachen, oder aber bei Störungen ein selbsttötiger Ausschalter leisten kann, wenn er aufsteht. Da ein Teil der Belegschaftsmitglieder die

großen und kleinen bürgerlichen Blätter. Und von wem werden diese geleistet? Von den Arbeitern natürlich! Zum Dank dafür müssen diese Blätter mit offenen, meist jedoch verdeckten Verunglimpfungen und Verleumdungen ihre Geldgeber — die Arbeiter. Hier und da hört man dann einen Wutschrei, hassen tut es jedoch nicht; die bürgerliche Presse weiter gelesen, weiter unterdrückt, damit neue Minuten für die Bergarbeiter gebrech. Kameraden, schämt euch!

Allen unseren Mitarbeitern, Freunden und Kameraden wünschen ein glückliches neues Jahr

Vorstand und Redaktion.

fahren im Bergbau, vor allen Dingen die Gefahren der Rauchschwaden nicht kennt, ist daraus hinzuhören, daß durch Belehrungen auf diesem Gebiete das Verständnis nachgeholt wird.

Früher las man anders!

Oft genug haben wir in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ und in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ erleben, daß die Bergarbeiterlöhne sich den Preisen durchaus angepaßt hätten.

In der Nummer der „Bergv.-Ztg.“ vom 19. Dezember liest man anders. Dort wird die mögliche Einführung des Dollarsturzes auf die Preisenentwicklung von Eisen und Kohle besprochen und dabei u. a. das folgende über den Bergbau gesagt:

„Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Löhne trotz ihrer erheblichen Steigerung der allgemeinen Steuerung noch bei weitem nicht gezielt sind und man wird daher selbst bei weiterer Marktbefestigung zu einer Lohnherabsetzung noch lange nicht deutlich können. Um abgrenzen möchten die Löhne im Bergbau gegen den geringsten Teil der Selbstlosen aus.“

Geht es der „Bergv.-Ztg.“ auch weniger um die Löhne als um den Kohlenpreis, so quältieren wie dochtantend dies verblüffende Zugeständnis.

Jede Woche ein „offener Brief“.

Auf die Antwort, die unser Vorstand unter dem 27. November auf den „Offenen Brief“ der Union gab, hat diese mit einem eisernen Schreiben geantwortet, ohne auf die Sternstunde unseres Briefes; die Vorbedingungen einer gemeinsamen Arbeit betreffend, auch nur mit einem Wort einzugeben. Unser erweiterten Vorstand wird sich demnächst mit dem Schreiber beschäftigen.

Während die Union von uns verlangt, daß wir die Arbeitsgemeinschaft mit den Österreichischen, Preußischen und Polen lösen sollen, wendet sie sich jetzt unter dem 18. Dezember mit einem Offenen Brief an diese Organisationen, um sie zum gemeinsamen Kampf gegen Voderhöchst und um Lohnverbesserungen aufzufordern.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Ein schönes Beispiel der Zusammengehörigkeit.

Die Kameraden der Emser Eis- und Silberwerke in Emmer veranstalteten eine Sammlung zugunsten der auf diesem Werk inboldierten Kameraden und Witwen, die einen Betrag von 189.500 RM. erzielten. Welch große Zahl dieser Armen es hier gibt, ergibt sich aus der Verteilung dieser Sammlung, wonach nur Verdäge von 1800, 900 und 450 RM. den Einzelnen zugesprochen werden konnten. Die Emser Kameraden sind zu vier Gruppen organisiert. An dieser Öffentlichkeit gaben sich manche Betriebungen ein Beispiel nehmend. So auch die Grube Holzoppel, die sich bisher geweigert hatte, ihren Arbeitern öffentliche Kohlen oder sonstige Vergünstigungen zu gewähren.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Freies Arbeiterlos.

Im Akkumulatortrieb der Firma Döring & Lehmann verunglückte der Bremer Kloppe aus Schadewitz tödlich. In einem starken Gefäß stürzten die Wagen um und begruben den Arbeiter unter sich. Die Untersuchungsbörde selber sah, daß der Bergungslieger selbst schuld an dem Unfall war, da er nicht gebremst habe. Dazu muß gesagt werden, daß die Bremervorrichtung an den meisten Wagen nicht funktioniert. Auch vorher soll der Betriebsrat in einer Sitzung der Betriebsleitung auf die Unordnung bei den Bremer hingewiesen und zwei Tage später noch einmal Auseinandersetzung der Mängel verlangt haben. Er soll die Antwort erhalten haben: „Da hätten wir ja nur an den Bremerbergen zu arbeiten.“ Sollte dieser Auspruch wirklich gefallen sein, so kann man daraus erschließen, was das Leben eines Arbeiters wert ist. Von der Bergbehörde fordert werden, daß sie sich einmal recht eingehend um die Zustände auf dem Werke kümmert.

Fagus-Döllnitzer Kohlenrevier.

Im Laufe des Monats Dezember vollendeten eine Anzahl Kameraden innerhalb unseres Bezirks ihre 25-jährige Zugehörigkeit zu unserer Organisation. Wir möchten es nicht unterlassen, all diesen Jubiläaren für ihre Treue zur Organisation, die sich innerhalb dieser 25 Jahre voll verdient und durch keinen Sturm hat entwurzeln lassen, unseren aufrichtigsten Glückwunsch und den Dank der ganzen Bezirksorganisation an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Insbesondere aber gilt dieses auch für den Vorläufer und Mitbegründer unserer Bezirksorganisation, den Kameraden Richard Jakob (Gersdorf). Was Kamerad Jakob für unsere Bewegung getan und damit gelitten hat, ist wohl den meisten Kameraden voll bekannt und braucht an dieser Stelle nicht noch erwähnt zu werden. Wir möchten aber hiermit all unseren Mitbürgern diesen alten Vorläufer unserer Organisation als leuchtendes Vorbild vor Augen führen und zur Nachahmung dringend empfehlen. Im übrigen wünschen wir den Jubiläaren einen noch recht langen und angenehmen Lebensabend.

Bezirksleitung Augau.

Oberbergamtsbezirk Dresden.

Bedeutend Erhöhung des Döhlener Schlichtungsausschusses.

Wie wir bereits mitteilten, hat der bisherigen Vorsitzende des Döhlener Schlichtungsausschusses und Gewerbevertretungs, Herr Bergarbeiter Mann, seine Amtszeit niedergelegt und infolge der Vorwürfe, die ihm von der Verwaltung der Hohenholzgrube gemacht wurden, daß Disziplinarverfahren gegen ihn beantragt. Sein Nachfolger, Herr Bergarbeiter Schröder, hat es deshalb natürlich nicht leicht, denn fällt ein Urteil gegen die realitätslose Grubenverwaltung Deutschlands aus, so erhält diese sofort wieder Vorwürfe gegen den Vorsitzenden des Gerichts, dessen Stimme in den meisten Fällen den Ausfalltag geben muß. Wir bestimmen also die schwierige Lage des Döhlener Schlichtungsausschussvorstandes durchaus nicht, können aber der mehr als tierwütigen Bergarbeiter, die sich dort allmählich beginnt herauszubilden, unter keinen Umständen ruhig zuschauen.

Schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer genießen bekanntlich einen besonderen Schutz und dürfen nur in ganz bestimmten Fällen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden. Wie alle gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer sind natürlich auch diese Verkennungen der Verwaltung der Hohenholzgrube Lust. Sie lädt die Kameraden Schröder, der schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer ist, weil er vor einem Jahr und acht Monaten auf dem Kraftwerk Schöbel einen Betonstein beklebt haben soll. Würde es sich nicht um die Verwaltung der Hohenholzgrube handeln, wir würden eine solche Handlungswelle für unmoralisch halten. Bei dieser Grubenverwaltung würden wir uns jedoch über nichts mehr freuen. Das Schlimmste aber ist, daß der Döhlener Bergarbeiter keine Rettung zu finden hat.

Erläuterung. Ich erkläre hiermit, daß ich seinerzeit auf Begehung der Belegschaftsversammlung der Grube Victoria II nach Berlin gefahren und an der Betriebsräteversammlung in Berlin, die den beauftragten Betriebsrätenteilnehmern vorbereitet sollte, in dem guten Glauben teilgenommen habe, daß es sich um eine rein unpolitische Betriebsräteveranstaltung handle. Der Gedanke, daß diese Bewegung gegen die Gewerkschaften ausgeführt werden könnte, ist mir nicht gekommen. Ich würde mich grundsätzlich nie an einem Kampf gegen die Gewerkschaften beteiligen, weil ich von der Notwendigkeit einer starken Organisation dem gut organisierten Unternehmertum gegenüber ehrlich überzeugt bin.

Rathdem ich jedoch aus verschiedenen Neuerungen von Mitgliedern des Reichsausschusses sowie aus den gestellten Anträgen die Überzeugung gewonnen habe, daß es tatsächlich unter Mißbrauch gütiglicher Betriebsräteverträge versucht wird, politische Betriebsräte des Kommunisten durch diese Bewegung durchzudrücken, habe ich mich von der Bewegung abgesetzt und jede weitere Mitwirkung an der ganzen Sache abgelehnt. Ich verpflichte mich hierdurch vorbehaltlos, die Verträge des Verbands keinem Betrieb zu respektieren und mit diesen und solchen niemals dagegen zu verstoßen.

Herr. Wünsche.

Man beachte: der Mann arbeitet bereits seit acht Monaten auf der Hohenholzgrube und wird nun entlassen für eine angebliche Bekleidung eines Arbeitgebers oder dessen Beauftragten auf einer anderen Anlage, die vor 20 Monaten begangen sein soll. Anstatt nun, wie es doch eigentlich selbstverständlich sein sollte, daß die Entlassung des Mannes, der seine Gefundenheit dem Vaterlande gezeigt hat, für unzureichend erklärt wird, beschließt der Schlichtungsausschuß Beweisaufnahme darüber, ob die Bekleidung wirklich erfolgte. Diese Beweisaufnahme kann doch nur einen Sinn haben, wenn der Schlichtungsausschuß auf dem Standpunkt steht, daß die Entlassung zu Recht erfolgte, wenn die vor 20 Monaten angeblich erfolgte Bekleidung tatsächlich begangen wurde.

Sollte diese Aussicht richtig sein, dann wäre das ein gesundes Beispiel für alle Realionäre, und diese sind in Oberschlesien bekanntlich sehr zahlreich. Diese könnten dann ihren Nachgeführten in ausreichendem Maße föhren. Alle Arbeiter, die in den Sturm und Drangtagen nach der Revolution einmal irgend ein beleidigendes Wort regen können, sollten siehen, könnten nunmehr alle entlassen werden.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist natürlich nicht gewillt zu dulden, daß die gesetzlichen Bestimmungen in so ärger Weise missbraucht werden. Er behält sich deshalb vor, die Worte dieses Bergarbeiter offenbar im Parlament zur Sprache zu bringen.

Saargebiet.

Gegen die Unmenschlichkeit französischer Truppen

im Saargebiet ist in den letzten Jahren immer protestiert worden. Auf eine neuere Besucher der deutschen Regierung antwortet die Regierungskommission im Saargebiet in einer längeren Darlegung. Es wird darin zunächst zugegeben, daß es nach dem Friedensvertrag im Saargebiet weder Wehrpflicht noch freiwilliges Heeresdienst gibt, daß „nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ eingerichtet werden soll und daß die Regierungskommission „in einstrebenden Jahren“ für den Schutz von Person und Eigentum im Saargebiet zu sorgen habe.

Als die Regierungskommission ihr Amt antrat, hatte Frankreich 10.000 Mann Belehrungstruppen im Saargebiet zum Schutz der Bürger. Auf Betreiben der Regierungskommission wurde dieser Bestand im Juli 1920 auf 7200 Mann heruntergesetzt, wobei altpreußische Regimenter wurden zurückerufen. Im April gab es 4500 Mann Militär und 2700 zur Verfügung stehende. Die Unterhaltungskosten trägt Frankreich.

Die Regierungskommission rechtfertigt die Besetzung mit der Gefahr von Strelitz. Nach ihrem genauen Wissen braucht sie für den Fall eines großen Streiks 4000 Mann, eine so zahlreiche Garnitur könnte sie aber nicht einrichten. An vereinbarten Zeiten der Revolte wird die Streikgefahr besonders betont und besonders mit ihr die Besetzung französischer Truppen im Saargebiet dem Wortlaut und Sinn des Friedensvertrags widerspricht. Aber da die Truppen zur eventuellen Verbindung gegen die Arbeiter bestimmt sind, erwarten wir auch von dem jetzigen Völkerbund keine Rendierung. Der heutige Völkerbund ist kein Völkerbund, sondern eine Delegation der Entente-Staaten. In einem wirklichen Bund der Völker, an dem auch Deutschland und Russland beteiligt wären, ließe sich eine solche Streitfrage un schwer regeln.

Berbandsnachrichten.

Berband und Wirtschaft.

Der in Nr. 9 unseres wirtschaftlichen Mitteilungsblattes auf S. 141 unter der Rubrik „Deutsche Wirtschaftszahlen“ veröffentlichte Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ lautet für

Anfang Dezember 1922: 167.412.

Die Steigerung gegen den Vormonat beträgt 77,2 Prozent. Wir bitten, diese berichtigte Indizes nachfragen zu wollen.

Ruhrlandsförderung. *)

Monat	Arbeitszeit. Förderung	Arbeitszeit. Förderung	Arbeitszeit. Förderung

<tbl_r cells="4" ix="1" maxcspan="1" maxrspan